



«10 Jahre Brexit: Erwartungen und Realität – Lehren für die Schweiz?»

Studie Lock/Atteslander Zusammenfassung

1. Die zentralen Versprechen der «Vote Leave»-Kampagne

Die Austrittskampagne stützte sich auf das Kernmotto «Take back control» und drei fundamentale Versprechen:

- **Souveränität:** Vollständige Wiedererlangung der Kontrolle über Rechtsetzung, Rechtsprechung (Ende der EuGH-Zuständigkeit), der Demokratie und der nationalen Fischgründe.
- **Wirtschaft:** Stärkung der Wirtschaft dank Deregulierung, mehr finanzpolitischer Spielraum. Einsparung des Mitgliedsbeitrages in Höhe von netto ca. 8.5 Milliarden Pfund pro Jahr. Umverteilung der EU-Beiträge (350 Mio. Pfund/Woche) in den Gesundheitsdienst (NHS) und Abschluss neuer Handelsabkommen mit Drittstaaten zur Kompensation des Ausscheidens aus dem europäischen Binnenmarkt.
- **Migration:** Beendigung der Personenfreizügigkeit, Austritt aus dem EU-Asylsystem und Einführung eines Punktesystems zur drastischen Senkung der Nettozuwanderung auf «wenige Zehntausend» pro Jahr.

2. Der Realitätscheck: Erwartungen vs. Fakten

Zehn Jahre nach dem Referendum gibt es eine Diskrepanz zwischen politischem Narrativ und ökonomischer Realität:

- **Wirtschaftliche Folgen:** Der Brexit führte zu einem geschätzten Wachstumsverlust von **-6-8 % BIP** im Vergleich zum Verbleib-Szenario. Die anhaltende Unsicherheit und erschwerte Marktbedingungen lösten tiefere Direktinvestitionen von **-12-18 %** gegenüber einem Verbleib in der EU aus. Beschäftigung und Arbeitsproduktivität gingen je um **3-4 %** zurück.
- **Freihandelsabkommen:** Abschluss von **36** FHA mit **74** Staaten (darunter eines mit der Schweiz) - in der Regel Überführung der Abkommen aus EU-Mitgliedschaft in bilaterale Abkommen.
- **Handelsbilanz:** Trotz formaler Zollfreiheit sanken die Warenexporte in die EU aufgrund technischer Handelshemmnisse um **-27 %**. Der Brexit führte nicht zu besseren Freihandelsabkommen im Vergleich zur EU; neue Abkommen konnten den Verlust des Binnenmarktzugangs nicht kompensieren.
- **Migrations-Paradox:** Trotz Beendigung der Personenfreizügigkeit erreichte die Nettozuwanderung 2023 ein Rekordhoch von **944'000 Personen**. Nach Einführung strengerer Regeln insbesondere für Studierende sank die Nettozuwanderung zwischen Juni 2024 und Juni 2025 auf **204'000**. Der Anteil der Nicht-EU-Zuwanderer stieg dabei auf **75 %** während nur noch **9%** aus der EU zuwanderten. Netto wanderten in dieser Zeitspanne etwa 70'000 EU-Bürgerinnen und Bürger aus.
- **Souveränität und Recht:** Austritt aus dem EU-Binnenmarkt erreicht. Um Marktzugänge zu sichern, akzeptierte London aber de facto eine interne Zollgrenze

in der Irischen See (Nordirland-Protokoll) und verlängerte EU-Fischereirechte in britischen Gewässern bis **2038**.

3. Post Brexit-Kennzahlen bis 2025

Bereich	Auswirkungen des Brexit: Quantitative Aspekte
Bruttoinlandprodukt	- 6-8% BIP bis 2025
Beschäftigung	- 3-4 % bis 2025
Inflation	Sehr hoch seit 2016, schwankte zwischen 0.66 bis 11%
Prokopfeinkommen	- 6-8% bis 2025
Einkommen Landwirtschaft	- 50 % bis 2025
Direktinvestitionen	- 12-18% bis 2025
Staatsverschuldung	>100% des BIP - erstmals seit 1960ern
Bereich	Auswirkungen des Brexits: Qualitative Aspekte
Produktivität	Minus 3-4% bis 2025
Innovation	Stark bei KI, Greentech
Forschung	Teilnahme an Horizon Europe
Freihandelsabkommen	36 neue FHA mit 74 Staaten

Quelle: 10 Jahre Brexit: Erwartungen und Realität - Lehren für die Schweiz?

4. Lehren für die Schweiz?

Aus dem Brexit lassen sich diese möglichen Lehren für die Schweiz ableiten

- **Industrielle Verwundbarkeit:** Die Industrie macht in der Schweiz rund **20 % des BIP** aus (UK: ca. 10 %). Da technische Handelsbarrieren (Konformitätsbewertungen, Zulassung und Marktaufsicht) laut UK-Erfahrung stark bremsen, wären die negativen Effekte für die Schweiz gleich stark, wenn nicht stärker ohne das heutige Abkommen mit der EU (MRA).
- **Size Matters:** Das UK scheiterte trotz G7-Status daran, der EU substanzielle Ausnahmen beim Marktzugang abzurufen. Die Schweiz hat als kleinere Volkswirtschaft eine schwächere Position bei der allfälligen Revision des Freihandelsabkommens mit der EU.
- **Globale Vernetzung:** Das britische Streben nach einer globalen Vernetzung ist mit der Schweiz nicht vergleichbar, da sie via EFTA bereits über das Netzwerk verfügt, das London erst wieder aufbauen muss. Eine Abkehr vom EU-Binnenmarkt bietet keinen zusätzlichen aussenwirtschaftlichen Hebel. Die EU bleibt der wichtigste Exportmarkt.
- **Regulatorische Autonomie:** UK als «Singapur an der Themse» blieb ein Schlagwort. Für exportorientierte Unternehmen sind EU-Standards faktisch alternativlos. Echte regulatorische Autonomie führt in einer vernetzten Wirtschaft primär zu Mehrkosten für KMU.